



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Markmannsgasse 7 - 50667 Köln

Herrn Oberbürgermeister
Fritz Schramma
Rathaus

per Fax 221 - 26 570

Manfred Rouhs

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

16.01.2007

Antrag für die Sitzung des Rates am 06.02.2007 Auflösung der „Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat möge beschließen:

Die „Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender“ wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Begründung:

Es war von vorne herein absehbar, daß die Gründung der „Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender“ eine Fehlentscheidung war. Die Fraktion pro Köln hat dies bei der entscheidenden Ratssitzung im letzten Jahr deutlich gemacht. Die zwischenzeitlich vorgelegte Arbeit der Stadt-Arbeitsgemeinschaft bestätigt die gehegten Befürchtungen in vollem Umfang. Das Gremium zeichnet sich durch rücksichtslosen und egoistischen Lobbyismus für ihre Mitglieder aus. Bestes Beispiel dafür ist das aktuelle Vorschlagspapier der Arbeitsgemeinschaft zur Haushaltspolitik (s. Anlage), das berechtigterweise auch innerhalb der Stadtverwaltung auf Ablehnung stößt.

Denn trotz der aktuellen Haushaltskrise und ungeachtet des strikten Sparkurses fordert die Arbeitsgemeinschaft unter der Geschäftsführung der - selbst betroffenen - Sozialdezernentin Marlis Bredehorst (Grüne), daß es beim Bereich der Förderung der oben genannten sexuellen Minderheiten in Köln keinerlei Abstriche geben dürfe, im Gegenteil: Die Fachausschüsse des Rates werden aufgefordert, noch mehr Steuergelder und öffentliche Räume für diverse Homo- und

„Transgender“-Projekte bereitzustellen! Und was es da nach Ansicht der Homo-Lobbyisten alles für „förderwürdige“ Projekte und Organisationen gibt: Angefangen beim „anyway“, der Einstiegshilfe für schwul-lesbische Jugendliche, über das „Centrum Schwuler Geschichte CSG“ bis hin zum „Rubicon-Beratungszentrum“, zuständig für die homosexuelle „Seniorenbetreuung“ - für alle Lebenslagen dieser offensichtlich privilegierten Minderheit soll in Zukunft mit noch mehr öffentlichen Geldern vorgesorgt werden.

Die Dreistigkeit bei den Begründungen für noch mehr Steuergelder ist schon erstaunlich. So wird zum Beispiel beklagt, daß das „anyway“ „einen jährlichen Eigenmittelanteil von über 30 % aufzubringen“ hätte. Jeder Schatzmeister eines gewöhnlichen 08/15-Vereines würde sich wohl angesichts einer öffentlichen Bezuschussung von rund 70 Prozent die Hände reiben. Nicht so die „anyway“-Aktivisten: Zusätzliche 40.000 Euro stehen hier auf der Wunschliste! Ähnlich unverschämt sind die Forderungen für das „Rubicon-Beratungszentrum“. Die „Rundumversorgung“ für homosexuelle Senioren soll mit zusätzlich 30.000 Euro ermöglicht werden. Auch weil das „Rubicon“-Team „expandiert“: „Lesben, Schwule, Migration“ - auch den Kölner Neubürgern aus aller Herren Ländern soll unsere politisch korrekte Sexualmoral schellstmöglich beigebracht werden. Zwei halbe Fachstellen für diese „interkulturelle Arbeit“ würden benötigt, Kostenpunkt 50.000 Euro. „Dringend erforderlich ist (zusätzlich) die Finanzierung einer Grundlagenstudie in 2007: ‚Lesben, Schwule, Migration in Köln.‘ Diese Studie würde - direkt bescheiden - mit „lediglich“ 6.000 Euro zu Buche schlagen. Ähnlich bescheiden zeigt sich auch das „Centrum Schwuler Geschichte CSG“, das nur Bedarf auf städtische Räumlichkeiten anmeldet, wofür man dieser außergewöhnlichen Historikerriege wahrscheinlich auch noch dankbar sein soll.

Ans Eingemachte geht es dagegen wieder beim „SC Janus“, dessen bekennendes Mitglied Ulrich Breite - seines Zeichens FDP-Fraktionsgeschäftsführer - auch im Rat stets gute Lobbyarbeit für seine „Community“ betreibt. Im vorliegenden Papier der Stadt-Arbeitsgemeinschaft wird diesmal eine „Erhöhung des Etats des Gay-City-Managements“ gefordert: „Aus den vorgenannten Gründen werden für Personal- und Sachkosten 35.000 EUR beantragt.“ Richtig schlüpfrig ist der nächste Punkt auf der Wunschliste der Homo-Lobbyisten: „Looks eV.: Förderung der Migrationsarbeit im Bereich mann-männlicher Prostitution (Umfang 20.000 EUR).“ Auf nähere Erläuterungen zu diesem Projekt wurde in dem Vorschlagspapier wohl aus guten Gründen verzichtet. Der schon beinahe ganz konventionelle „LSVD Lesben- und Schwulenverband“ fordert städtische Unterstützung bei der Beratung von „Regenbogenfamilien“: „Veröffentlichungen, Vorträge und Fachveranstaltungen werden durchgeführt ... Hier wünschen wir uns allerdings Unterstützung bei der Beschaffung von Räumen für Veranstaltungen und bei der Bewerbung von Veranstaltungen durch die Stadt Köln.“ Auch ganz wichtig und in der Vorlage extra unterstrichen: „Beratung und Aufklärung für Menschen mit Migrationshintergrund ... Um die Beratung weiter sicherzustellen und auszubauen bedarf es einer finanziellen Unterstützung für den Betrieb der Beratungsstelle (ca. 10.000).“

Angesichts der katastrophalen Haushaltslage der Stadt Köln dürfte klar sein, daß es keinen Bedarf gibt für eine derart verantwortungslose Lobby-Gruppe. Schon gar nicht sollte die Stadt Köln eine solch egoistische Lobby-Arbeit durch die Einrichtung einer „Stadt-Arbeitsgemeinschaft“ aufwerten. Die Kölner Schwulen- und Lesbenverbände sind gut genug organisiert, um selbstständig ihre finanziellen Interessen vertreten zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Rouhs
- Geschäftsführer -